Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 9 UVPG

Genehmigungsverfahren nach § 16 BImSchG, Az.: 41/21 - Firma Aurubis AG Vorhaben: Ersatz des Schwefeldioxidlagers in der Selenanlage

A. Sachverhalt

Die Firma Aurubis AG hat am 23.03.2021 bei der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft, Amt Immissionsschutz und Abfallwirtschaft, Abteilung Betrieblicher Umweltschutz, eine Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die Änderung einer Anlage zur Herstellung von Nichteisenrohmetallen – Rohhütte Werk Ost (RWO) - auf dem Betriebsgrundstück Muggenburger Hauptdeich 2, 20539 Hamburg beantragt.

B. Anwendbare Vorschriften

Gemäß § 5 UVPG wird auf Grundlage der Angaben des Vorhabenträgers sowie eigener Informationen geprüft, ob nach den §§ 6 bis 14 UVPG für das Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht oder nicht.

Nach § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) ist die Änderung eines Vorhabens, für das eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden ist, ebenfalls UVP-pflichtig, wenn die allgemeine Vorprüfung ergibt, dass die Änderung zusätzliche erhebliche nachteilige oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann. Wird ein Vorhaben geändert, für das keine Größen- oder Leistungswerte vorgeschrieben sind, so wird gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 die allgemeine Vorprüfung nach § 9 Abs. 1 Satz 1 Nummer 2 durchgeführt.

Dies trifft auf das Vorhaben „Rohhütte Werk Ost“ gemäß Nr. 3.4 der Anlage 1 zum UVPG, das mit dem vorliegenden Antrag geändert werden soll, insoweit zu, dass für dieses Änderungsvorhaben gemäß § 9 Abs. 4 UVPG eine Vorprüfung entsprechend § 7 UVPG durchzuführen ist.

Gemäß § 7 Abs. 1 UVPG wird die allgemeine Vorprüfung als überschlägige Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 UVPG aufgeführten Kriterien durchgeführt. Die UVP-Pflicht besteht, wenn das Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Abs. 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären.

Bei der Vorprüfung wird berücksichtigt, ob erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch Merkmale des Vorhabens oder des Standorts oder durch Vorkehrungen des Vorhabenträgers offensichtlich ausgeschlossen werden.

Die Antragsunterlagen der Firma Aurubis AG (Az. 41/21) beinhalten, insbesondere unter Kapitel 14.4, Angaben zur allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls. Anhand der Antragsunterlagen wurde die Prüfung durch die BUKEA gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 in Verb. m. § 7 UVPG durchgeführt.

Hinweis: Für ein SO₂-Lager (Nr. 9.3.3 Anlage 1 UVPG) dieser Größe ohne die Einstufung als Nebeneinrichtung zur Hüttenanlage wäre eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls (s) gemäß § 7 Abs.2 UVPG durchzuführen.

C. Prüfungskriterien und Ergebnis der allgemeinen Prüfung des Einzelfalls

Bei der konkreten Anwendung der Kriterien der Anlage 3 zum UVPG ist zwischen der Sachverhaltsermittlung, die zunächst die möglichen nachteiligen Umweltauswirkungen anhand der Kriterien der Nr. 1 und Nr. 2 der Anlage 3 zum UVPG ermittelt, und der Einschätzung der Erheblichkeit dieser nachteiligen Umweltauswirkungen unter Berücksichtigung der Kriterien der Nr. 3 der Anlage 3 zum UVPG zu unterscheiden. Alleine die in Nr. 3 der Anlage 3 zum UVPG genannten Merkmale der möglichen erheblichen Auswirkungen, die gebildet werden aus den Merkmalen des Projektes und den Standortmerkmalen, entscheiden in Verbindung mit den Maßstäben des Fachrechtes über die Frage der UVP-Pflicht. Die Kriterien der Anlage 3 zum UVPG haben den Zweck sicherzustellen, dass sämtliche Umweltauswirkungen des Vorhabens einbezogen werden, die erheblich nachteilig sein können.

1. **Merkmale des Vorhabens**

Die Merkmale eines Vorhabens sind insbesondere hinsichtlich folgender Kriterien zu beurteilen:

1.1 **Größe und Ausgestaltung des gesamten Vorhabens und, soweit relevant, der Abrissarbeiten**

- Errichtung und Betrieb eines SO₂-Lagers als Austausch des vorhandenen SO₂-Lagers der Selenanlage in der Edelmetallgewinnung – keine Kapazitätsänderung
- Errichtung im Werk Süd zwischen den Chemische Betrieben und ZABA in der Nähe des derzeitigen Standortes
- Geschlossener und absaugbarer Entlade- und Lagerbereich
- Rückbau der Altanlage
- Aktualisierung und Konkretisierung der Angaben in Unterlagen der Edelmetallgewinnung.

1.2 **Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben oder Tätigkeiten**

Bei dem geplanten Änderungsvorhaben gibt es kein Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben oder Tätigkeiten an diesem Standort.

1.3 **Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt**

Hinsichtlich Wasser und Gewässer werden keine Veränderungen vorgenommen. Es gibt keine neuen Abwasserarten, keine zusätzlichen Kühlwasserentnahmen oder –einleitungen und Regenwasser wird über die vorhandene Abwasserreinigung abgeführt.

Hinsichtlich Natur und Landschaft besteht keine Relevanz, da Änderungen nur auf dem Werksgelände – im Industriegebiet – durchgeführt werden.

1.4 **Erzeugung von Abfällen im Sinne von § 3 Absatz 1 und 8 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes**

Der Einsatzstoff Schwefeldioxid ändert sich nicht und das Lager erzeugt keinen Abfall. Es wurde keine Kapazitätserhöhung der Anlage beantragt.

1.5 Umweltverschmutzung und Belästigungen:

Luftverunreinigungen

Der Betrieb des Schwefeldioxidlagers ist nicht mit Emissionen verbunden. Von den beabsichtigten Maßnahmen gehen beim bestimmungsgemäßen Betrieb der Anlagen keine zusätzlichen Umweltverschmutzungen und Belästigungen aus.

Lärm und Erschütterungen

Der Betrieb des Schwefeldioxidlagers ist nicht mit Lärm und / oder Erschütterungen verbunden.

Wasser

Keine zusätzlichen Belastungen von Wasser und Gewässern.

Licht

Nicht relevant

Wärme

Das Schwefeldioxid wird druckverflüssigt bei Umgebungstemperatur gelagert. Eine Kühlung ist nicht erforderlich. Abwärme entsteht nicht.

1.6 Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, einschließlich der Störfälle, Unfälle und Katastrophen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandel bedingt sind, insbesondere mit Hinblick auf:

1.6.1 verwendete Stoffe und Technologien

Es wird kein neuer Stoff eingesetzt. SO₂ ist bereits als Störfallstoff in der Anlage vorhanden. Im Rahmen der beantragten Änderung werden entsprechen der Angaben in den Antragsunterlagen sowie des Sicherheitskonzeptes keine neuen gefährlichen Stoffe gehandhabt, bei denen mit einer Verschlechterung der Situation in Hinblick auf die Auswirkungen von Störfällen zu rechnen ist.

Es wurde ein sicherheitstechnisches Gutachten (Sicherheitskonzept) zu Beurteilung der geplanten Anlage vorgelegt und von einem § 29b BImSchG-Sachverständigen bewertet. Parallel zur verbesserten Sicherheitstechnik sinken die Gefährdungen im Vergleich zur derzeitigen Situation.

Andere Auswirkungen als die vernünftigerweise nicht auszuschließende Freisetzung von SO₂ im Falle einer Störung sind nicht zu besorgen und die Wahrscheinlichkeit und Ausmaß dieser Auswirkung werden gegenüber dem aktuellen Zustand verringert.

In der vorhandenen Anlage werden keine relevanten Betriebsparameter in Richtung kritischerer Betriebszustände geändert. Die das Gefahrenpotential prägenden Verfahrensparameter werden nicht signifikant geändert. Schwefeldioxid wird weiterhin mittels eines 6 bar Druckluftnetzes gefördert. Ebenso wird Schwefeldioxid in den La-

gertanks unter gleichem Betriebsdruck (6 bar) wie vor der Änderung gelagert. Temperaturen ändern sich ebenfalls nicht, da es sich bei den Prozessen nicht um Heißprozesse handelt oder Wärme durch exotherme Reaktionen entstehen kann.

1.6.2 die Anfälligkeit des Vorhabens für Störfälle im Sinne des § 2 Nummer 7 der Störfall-Verordnung, insbesondere aufgrund seiner Verwirklichung innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Absatz 5a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

Das auszutauschende Lager ist bereits mit einem angemessenen Sicherheitsabstand genehmigt. Es liegt nun für die neue Anlage eine aktualisierte Störfallausbreitungsrechnung/auswirkungsbetrachtung vor, wonach die Freisetzung von SO₂ das abstandsbestimmende Szenario ist und ein angemessener geringerer Sicherheitsabstand innerhalb des Werksgeländes ermittelt wurde. Die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß eines Störfalles werden durch die aktuelle Sicherheitstechnik gegenüber der heutigen Situation verringert. Das Sicherheitskonzept/Sicherheitsbericht wurde von einem § 29b BImSchG-Sachverständigen geprüft.

1.7 Risiken für die menschliche Gesundheit, z. B. durch Verunreinigung von Wasser oder Luft

Der bestimmungsgemäße Lagerbetrieb hat keine Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit.

2. Standort des Vorhabens

Die ökologische Empfindlichkeit eines Gebiets, das durch ein Vorhaben möglicherweise beeinträchtigt wird, ist insbesondere hinsichtlich folgender Nutzungs- und Schutzkriterien unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit anderen Vorhaben in ihrem gemeinsamen Einwirkungsbereich zu beurteilen:

2.1 Bestehende Nutzung des Gebietes, insbesondere als Fläche für Siedlung und Erholung, für land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzungen, für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung (Nutzungskriterien):

Die Bauleitplanung weist das Werksgelände als Industriegebiet (Bebauungsplan) auf einer Hafensfläche (Flächennutzungsplan) aus. Das Vorhaben findet allein auf diesem Gelände statt und hat damit keine Nutzungsänderungen zur Folge.

2.2 Reichtum, Verfügbarkeit, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Landschaft, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, des Gebietes und seines Untergrunds (Qualitätskriterien):

Es handelt sich um ein bestehendes Industriegebiet. Reichtum, Verfügbarkeit, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen sind in dem Industriegebiet als eher gering einzustufen.

Wasser

Im Zuge des Vorhabens ist keine Grundwasserhaltung erforderlich. Es werden keine Kühlwassermengen benötigt.

Niederschlagswasser wird über das bestehende Regenwassersystem geführt.

Boden

Das Lager wird auf dem Standort des alten Fasslagers errichtet. Durch die Errichtung und den Betrieb des Lagers wird der Boden nicht belastet.

Natur und Landschaft

Es sind keine Eingriffe in Natur und Landschaft vorhanden.

2.3 Belastbarkeit der Schutzgüter unter besonderer Berücksichtigung folgender Gebiete und von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes (Schutzkriterien):

2.3.1 Natura 2 000-Gebiete nach § 7 Absatz 1 Nummer 8 des Bundesnaturschutzgesetzes,

Keinerlei Auswirkungen durch den Betrieb des Lagers. Natura 2000 Gebiete sind durch das Vorhaben nicht betroffen.

2.3.2 Naturschutzgebiete nach § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst,

Keinerlei Auswirkungen durch den Betrieb des Lagers. Naturschutzgebiete sind durch die Änderungen nicht betroffen.

2.3.3 Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst,

Keinerlei Auswirkungen durch den Betrieb des Lagers. Nationalparke und Nationale Naturmonumente sind nicht betroffen.

2.3.4 Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete gemäß den §§ 25 und 26 des Bundesnaturschutzgesetzes,

Keinerlei Auswirkungen durch den Betrieb des Lagers.

2.3.5 Naturdenkmäler nach § 28 des Bundesnaturschutzgesetzes,

Keinerlei Auswirkungen durch den Betrieb des Lagers.

2.3.6 geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen, nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes,

Keinerlei Auswirkungen durch den Betrieb des Lagers.

2.3.7 gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes,

Keinerlei Auswirkungen durch den Betrieb des Lagers.

2.3.8 Wasserschutzgebiete nach § 51 des Wasserhaushaltsgesetzes, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes, Risikogebiete nach § 73 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie Überschwemmungsgebiete nach § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes,

Keinerlei Auswirkungen durch den Betrieb des Lagers.

2.3.9 Gebiete, in denen die in Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind,

Keinerlei Auswirkungen durch den Betrieb des Lagers.

2.3.10 Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte im Sinne des § 2 Absatz 2 Nummer 2 des Raumordnungsgesetzes,

Keinerlei Auswirkungen durch den Betrieb des Lagers.

2.3.11 in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmäler oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind.

Nicht vorhanden.

3. Art und Merkmale der möglichen Auswirkungen

Die möglichen erheblichen Auswirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter sind anhand der unter den Nummern 1 und 2 aufgeführten Kriterien zu beurteilen; dabei ist insbesondere folgenden Gesichtspunkten Rechnung zu tragen:

3.1 Der Art und dem Ausmaß der Auswirkungen, insbesondere, welches geographische Gebiet betroffen ist und wie viele Personen von den Auswirkungen voraussichtlich betroffen sind.

Im bestimmungsgemäßen Betrieb sind keine Auswirkungen zu besorgen. Die Auswirkungen, die bei einer Störung auftreten könnten, und deren Eintrittswahrscheinlichkeit werden gegenüber der heutigen Situation geringer.

3.2 dem etwaigen grenzüberschreitenden Charakter der Auswirkungen:

Grenzüberschreitende Auswirkungen sind weder im bestimmungsgemäßen noch im nicht bestimmungsgemäßen Betrieb zu erwarten.

3.3 der Schwere und der Komplexität der Auswirkungen:

Die prognostizierten Auswirkungen (Austritt von Schwefeldioxid) bei einer Störung bleiben auf den Betriebsbereich beschränkt.

3.4 der Wahrscheinlichkeit von Auswirkungen:

Die Wahrscheinlichkeit von Auswirkungen wird durch die Installation von Sicherheitstechnik, die dem aktuellen Stand entspricht, gemindert.

3.5 dem voraussichtlichen Zeitpunkt des Eintretens sowie der Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Auswirkungen:

Nicht zutreffend

3.6 dem Zusammenwirken der Auswirkungen mit den Auswirkungen anderer bestehender oder zugelassener Vorhaben:

Nicht zutreffend

3.7 die Möglichkeit, die Auswirkungen wirksam zu vermeiden:

Es wird ein Lager beantragt, das dem aktuellen Stand der Sicherheitstechnik entspricht. Sowohl der Umschlag als auch die Lagerung des Schwefeldioxids finden in geschlossenen Räumen statt. Die Räume sind überwacht und sobald SO₂ in den Räumen detektiert wird, wird die Raumluft zur vorhandenen Kontaktanlage abgesaugt und dort zu Schwefelsäure verarbeitet.

4. Gesamtergebnis der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls nach § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 UVPG:

Durch die beantragten Änderungen sind keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die in § 1 BImSchG genannten Schutzgüter zu erwarten, auch nicht in Hinblick auf kumulierende Effekte durch frühere Genehmigungen. Es wird keine erhebliche Gefahrenerhöhung gemäß § 16a BImSchG ausgelöst. Der angemessene Abstand nach § 50 BImSchG i.V.m. KAS 18 Leitfaden zu benachbarten Schutzobjekten wird weder erstmalig noch weiter unterschritten.

Unter Berücksichtigung der v. g. Gesichtspunkte werden die möglichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter wie folgt beurteilt:

Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 9 UVPG i.V.m. §§ 7 und 5 UVPG hat nach überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der einschlägigen Kriterien nach Anlage 3 UVPG ergeben, dass durch das beantragte Vorhaben keine nachteiligen Umweltauswirkungen auf die in § 2 Absatz 1 UVPG genannten Schutzgüter hervorgerufen werden können, so dass die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist.